

Netzwerk für Europa

Der Zeitpunkt der Veranstaltung hätte nicht besser sein können. Unmittelbar vor der Eröffnung von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei trafen sich Ende September 2005 in Istanbul auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung 40 Experten aus beiden Ländern zum ersten deutsch-türkischen Think-Tank Forum. In der Tradition der amerikanischen „Denkfabriken“ in Politik- und Strategieberatung sollte in einem konzentrierten zweitägigen Gedankenaustausch offen diskutiert und analysiert gepflegt werden, aber auch durch Austausch und Transfer das Netzwerk deutsch-türkischer Beziehungen enger geknüpft werden. Lokaler Partner der Konrad-Adenauer-Stiftung war – verantwortlich für die türkischen Aspekte der Diskussion und die Bereitstellung entsprechender Referenten – die Türkische Stiftung für Ökonomische und Soziale Studien (TESEV).

Quo vadis Europa

Als Einleitung in die Rahmenbedingungen der deutsch-türkischen Beziehungen wurde zunächst der Blick auf die sich gegenwärtig dramatisch verändernde Europäische Union gelenkt. Nach gescheiterten Referenden zur EU-Verfassung in den Niederlanden und in Frankreich, aber auch angesichts zahlreicher Diskussionen über Grenzen der Aufnahmefähigkeit nach der letzten Erweiterungsrunde mit zehn neuen Mitgliedern der EU, ließe sich möglicherweise eine Erweiterungs- oder gar Integrationskrise der EU diagnostizieren, so *Prof. Dr. Atilla Eralp*, Leiter des Zentrums für Europastudien der Middle East Technical University.

Durch wirtschaftliche Probleme sind die starken Motoren der EU, Frankreich und Deutschland, ins Stocken geraten. Eine zusätzliche Erweiterung der EU, insbesondere um die Türkei, stößt in der europäischen Öffentlichkeit bekanntermaßen auf Skepsis, wenn nicht Ablehnung.

Der Direktor des Zentrums für Türkeistudien in Essen, *Prof. Dr. Faruk Şen*, betonte, dass aber auch auf politischer Ebene dem Weg der Türkei in die EU erhebliche Steine in den Weg gelegt werden. In vielen Bereichen des Verhandlungsrahmens würden Forderungen erhoben, die zuvor von keinem Beitrittskandidaten verlangt wurden. Die Geduld der türkischen Verhandlungsdelegation erachtete *Şen* als nicht unbegrenzt und auch die Begeisterung der türkischen Bevölkerung für einen EU-Beitritt sei deutlich rückläufig. Trotzdem zeigte sich *Şen* optimistisch: 2014 wäre die Türkei möglicherweise schon Mitglied der EU, nicht zuletzt, weil heute bereits 2,7 Mio. Bürger mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland und damit in der EU integriert lebten.

Ein etwas weniger optimistisches Bild zeichnete die stellvertretende Direktorin des Berliner Instituts für Europäische Politik, *Dr. Barbara Lippert*. Auch sie sah die EU in einem krisenhaften Zustand. Der geplante Dreischritt Verfassung, Neuordnung der Finanzierung und Erweiterung konnte nicht vollzogen werden, und viele Grundfragen der europäischen Integration stellen sich gerade im Kontext einer beschleunigten Globalisierung von neuem. Welchen Ort nimmt z.B. die EU in neuen globalen Wirtschaftsordnungen ein – Schutzraum oder Motor, oder wie kann die EU, und dort vor allem die alten Länder, zu neuen Strukturen und Aufgabenteilungen zur Bewältigung dieser Herausforderungen finden?

Die Diskurse des Beitritts der Türkei unterteilte *Lippert* in drei miteinander wettstreitende Schulen/Denkmodelle: Die skeptische Position sieht in dem türkischen Beitritt eine Überforderung der EU und gibt gleichzeitig das Wachstumsideal der EU nach innen und außen auf. Die „imperiale“ Position versteht die EU als globale Friedensmacht und erkennt in diesem Rahmen natürlich auch die essentielle geostrategische Bedeutung einer Mitgliedschaft der Türkei an. Die Schule der Traditionalisten und Integrationalisten schließlich glaubt an den Fortgang von sowohl Erweiterung als auch Vertiefung, erkennt aber in Anbetracht der Rahmenbedingungen auch die Notwendigkeit einer Verlangsamung der Prozesse. Im Hinblick auf die anstehenden Beitrittsverhandlungen entwickelte *Lippert* eine interessante Alternative, die auch im Folgenden die Diskussion prägen sollte: Sowohl taktisch als auch psychologisch wichtig erschien ihr die Einführung von Zwischenzielen in Feldern des Beitrittsdialogs, in de-

nen relativ schnell Lösungen erreicht werden können. Diese könnten dann sofort auch in die Öffentlichkeit kommuniziert werden, um die Gemeinsamkeiten hervorzuheben und positive Nachrichten aus dem Beitrittsprozess sozusagen als vertrauensbildende Maßnahmen zu generieren.

Zekeriya Akçam, Vorsitzender der Türkischen Demokratiestiftung, betonte, dass die Krise der EU schon weit vor den ablehnenden Referenden zu der Verfassung zu erkennen war; er zeigte sich skeptisch, ob eine größere Einheitlichkeit bei dem jetzigen Verhältnis von 25 Nationalstaaten und dem schlechten Zustand der europäischen Institutionen möglich wäre. Ein standardisiertes Prozessmanagement in der EU sei jedenfalls nicht in Sicht, es dominieren Einzelfallentscheidungen, die auch nationalstaatlich nach Couleur der jeweiligen Präsidentschaft gefärbt sein können. *Akçam* kritisierte in diesem Zusammenhang nachhaltig den Sonderstatus, der offensichtlich der Türkei zugedacht wird. Er hinterfragte, was den Aufnahmeprozess der Türkei so deutlich von anderen Beitritten in der jüngeren Geschichte unterscheidet?

Die Diskussion dieses Themenkomplexes drehte sich hauptsächlich um mögliche Szenarien im Rahmen der türkischen Beitrittsverhandlungen. Hierfür war auch die Klarstellung des CDU-Konzepts der ‚Privilegierten Partnerschaft‘ von einigem Interesse; dieses wurde laut *Frank Spengler*, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung, vor allem auch deshalb von der CDU eingebracht, um für die Türkei im Falle eines Scheiterns der Aufnahmeverhandlungen eine Alternative, die nicht totale Ablehnung bedeuten würde, bereitzuhalten. Auch wenn der Terminus sich in diesem Forum nicht als mehrheitsfähig herausstellte, so war doch zumindest die Diskussion eröffnet, ob nicht eine kooperative Position der Türkei außerhalb der „Konsensmaschine EU“ (*Lippert*) eine auszugestaltende Alternative darstellen könnte.

Andererseits gaben einige Teilnehmer die bereits jetzt angespannte Situation im Inneren der Türkei zu bedenken. Fraglich sei, ob nicht alles andere als eine Perspektive der Vollmitgliedschaft der jetzigen Administration die Vertrauensbasis in der Bevölkerung entziehen würde. Wiederum andere Positionen betonten, dass eigentlich nur die Türkei selbst ihren vollständigen EU-Beitritt verhindern kann. Auf der Basis eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses wäre die Türkei auch mit weiteren Reformen nicht überfordert. Und *Gündüz Aktan*, ehemaliger Botschafter der Türkei in New York und Vorsitzender des Zentrums für Eurasische Strategiestudien (ASAM) in Ankara, ergänzte, dass diese Eigendynamik in der Türkei von entscheidender Bedeutung sei. Wenn die interne Entwicklung in der Türkei nicht entsprechend gelänge, so habe sie die Vollmitgliedschaft auch nicht verdient.

Auswirkungen der Wahlen in Deutschland

Der zweite Themenbereich des Think-Tanks behandelte die Zukunft der deutsch-türkischen Beziehungen im Lichte der Ergebnisse der Bundestagswahl vom September/Oktober 2005. *Andreas Marchetti*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bonner Zentrum für Europäische Integrationsforschung, entwickelte die These, dass – egal welche Konstellation nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen in Deutschland regieren würde – kein substanzieller Wandel der Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei zu erwarten wäre. Zu viele politische, ökonomische, aber auch persönliche und interkulturelle Faktoren verliehen den bilateralen Beziehungen besondere Bedeutung jenseits des politischen Tagesgeschäfts. Bei der wahrscheinlichen Großen Koalition in Berlin sei eine Kompromisslösung zwischen den Positionen der beiden großen Parteien im Hinblick auf die EU-Perspektive der Türkei zwischen Vollmitgliedschaft (SPD) und Privilegierter Partnerschaft (CDU) wahrscheinlich. Bliebe allerdings in außenpolitischen Fragen wie dieser die Einigung aus, so würde Deutschland, so *Marchetti*, ohnehin als Sekundärmacht im europäischen Kräftefeld zurückfallen. Die deutlichste Konsequenz für die Türkei sei im Hinblick auf die EU-Beitrittsverhandlungen aber auf jeden Fall, dass – welche Konstellation auch immer sich ergibt – keine ähnlich dezidierte Fürsprecherrolle mehr von Deutschland erwartet werden könne.

Die Diskussion dieses Impulsreferats knüpfte in Teilen an dem im Rahmen des ersten Themenkomplexes vorgetragenen Ansatzes der „phased integration“ an, also der Verhandlung und dem Abschluss von Zwischenzielen/-lösungen, der mehr Zuspruch als Widerspruch unter den Diskutanten erfuhr. Als konkretes Beispiel für eine solche Strategie brachte *Marchetti*

die Ausweitung oder Weiterentwicklung der Zollunion an, die in Zwischenschritten den Wegfall nichttarifärer Handelshemmnisse oder in der Einrichtung der Niederlassungsfreiheit auf dem Weg zur gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion zum Gegenstand haben könnten.

Ein zweiter bemerkenswerter Schwerpunkt der Diskussion lässt sich unter dem Diktum von *Frank Spengler*, „der Weg der Türkei nach Europa führe über Kreuzberg“ zusammenfassen. Für die deutsche Position zum türkischen EU-Beitritt sei die Frage der Integration bereits in Deutschland lebender Mitbürger mit türkischem Migrationshintergrund von erheblich größerer Relevanz als die Frage von Regierungskonstellationen, so *Prof. Dr. Udo Steinbach*, der Direktor des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg; er berichtete von sehr positiven Beispielen sowohl im gesellschaftlichen Dialog als auch in den Medien.

Einig war sich das Plenum abschließend in der Bewertung des deutschen Wahlkampfes im Bezug auf die Türkeifrage. Es wurde positiv erwähnt, dass keine relevante Partei diese Frage im Schwerpunkt behandelt hatte; so sei es gelungen, unnötige Emotionalisierung und der Sache nicht dienliche Polarisierungen zu vermeiden.

Geo-strategische Bedeutung

Auch das dritte Schwerpunktthema, die geo-strategischen Bedeutungen der Türkei im Rahmen der ESVP, Broader Middle East und der transatlantischen Beziehungen, wurde zum Gegenstand zielführender Debatten. Als erste Referentin hinterfragte *Dr. Ulrike Guerot*, Direktorin für Außenpolitik Europa beim German Marshall Fund of the United States in Berlin, zunächst die augenscheinlich geringe Relevanz des geo-strategischen Arguments in der öffentlichen Diskussion in der EU. Ökonomisch-soziale Befürchtungen der Bürger dominierten laut den einschlägigen Untersuchungen die öffentliche Meinung, europäische Selbstinteressen, z.B. auf den Feldern Energie oder Sicherheit stünden kaum im Fokus der Öffentlichkeit. Nicht nur die Kosten der Erweiterung, sondern auch mögliche Kosten einer Nichterweiterung sollten Eliten in EU und Türkei gemeinsam diskutieren. Hier eben würden sich geo-strategische Aspekte besonders niederschlagen. Nach Ansicht von *Frau Dr. Guerot* wäre Europa zurzeit als die einzige Einheit auszumachen, die in der Lage sei, die Front zwischen dem „Westen“ und dem „Islam“ zu durchbrechen. Für eine starke Einbindung der Türkei im Kampf gegen Terrorismus oder Drogen käme aber wohl nur eine Vollmitgliedschaft in Frage, auch um den Preis neuer schwieriger EU-Außengrenzen wie die zu Syrien oder zum Iran. Diese blieben auch bei einer Nichtmitgliedschaft der Türkei schwierig, entzögen sich aber völlig der Kontrolle der EU.

Für die Verhandlungen mit der EU empfahl *Dr. Guerot* der türkischen Seite sehr viel Geduld und Gelassenheit. Sowohl die EU als auch die Türkei würden in 10-15 Jahren fundamental anders als heute aussehen, und auch der Sog in Richtung des geo-strategischen Arguments würde in Zukunft sehr wahrscheinlich zum Nutzen der Türkei deutlich zunehmen.

Der zweite Referent zu diesem Komplex, *Prof. Dr. Ali Karaosmanoğlu*, Vorsitzender der Abteilung für Internationale Beziehungen der Bilkent-Universität in Ankara, teilte die Diagnose von *Dr. Guerot*, das geo-strategische Argument sei zu wenig in den öffentlichen Diskursen präsent, und er diagnostizierte ein Kommunikationsproblem bei dem Brückenschlag zwischen Politik, Wissenschaft und Wählern. Die gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) habe sich nach *Prof. Karaosmanoğlu* beachtlich entwickelt und helfe der EU in der Wahrnehmung auch als „hard power“ gerade im Rahmen der Neuordnung der transatlantischen Beziehungen. Der Beitrag der Türkei würde die ESVP deutlich stärken und die Differenz der EU im Kräfteverhältnis zu den USA als „player“ in der internationalen Sicherheitspolitik reduzieren. In diesem Politikfeld beurteilte *Karaosmanoğlu* eine schrittweise Integration der Türkei, wie zuvor unter dem Label „phased integration“ angesprochen, allerdings für nicht dienlich; dafür sei die Anbindung der Türkei in Fragen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, auch im Rahmen anderer Bündnisse wie z.B. der NATO – zu weit fortgeschritten.

Bei der anschließenden Diskussion betonte *Ilker Türkmen*, ehemaliger Außenminister der Türkei in der ersten Özal-Administration zwischen 1980 und 1983, es gäbe ohnehin keine Alternative für die Türkei zu einer EU-Anbindung. Aufgrund der strategischen Nähe, aber auch vor dem Hintergrund intensiver Handelsverflechtungen wäre die EU immer die erste

Option, z.B. auch im Vergleich zu einer ausgeweiteten Partnerschaft mit den USA. Weiter sah *Türkmen* die Türkei nicht als ein „role model“ für die Arabische Welt, dafür seien die konstitutiven Unterschiede einfach zu groß. Sehr wohl aber, und da war sich *Türkmen* und *Frau Dr. Guerot* einig, habe die Türkei eine zentrale Funktion bei dem Brückenschlag von Europa in den Mittleren Osten.

Auf eine psychologisch schwierige Situation wies der ehemalige Generalleutnant der Türkischen Luftstreitkräfte, *Şadi Ergüvenc*, hin. Die Integration in Sicherheitskonzepte setze gegenseitiges Vertrauen voraus. Diese gemeinsame Vertrauensentwicklung sei in Anbetracht des aktuell vorherrschenden Misstrauens zwischen der Türkei und der EU eine vordringliche Aufgabe.

Kontrovers diskutiert wurde abschließend die Frage eines möglichen türkischen Sonderfalls. Beide Seiten, die EU und die Türkei, wüfren sich jeweils Sonderbehandlungen vor. Türkische Vertreter reklamierten bisweilen einen besonderen Status der Türkei, was von der EU kritisiert würde; auf der anderen Seite erweise sich auch das Verfahren des Beitritts in der türkischen Wahrnehmung nicht selten als Behandlung ohne historisches Vorbild und außerhalb der Reihe anderer Erweiterungsrunden. Normale Erwartungshaltungen und Verhaltensweisen sollten auf beiden Seiten einziehen, so der Konsens des Think-Tanks in dieser Frage.

Zypern, die Türkei und die EU

Nachdem die ersten drei Diskussionsabschnitte des ersten deutsch-türkischen Think-Tanks der Konrad-Adenauer-Stiftung eher allgemeine Aspekte der türkischen EU-Beitrittsperspektive behandelte, stellte die zweite Hälfte ausgewählte Einzelthemen von hoher Relevanz für Beginn und Perspektive der Verhandlungen in den Mittelpunkt.

Die erste Fragestellung beschäftigte sich mit einer Bestandsaufnahme der Situation Zyperns im Spannungsfeld zwischen der Türkei und der EU. *Frau Dr. Sylvia Tiryaki* von der Abteilung für Internationale Beziehungen der Istanbul Kultur-Universität, ordnete hierfür zunächst die Ereignisse in eine historische Reihenfolge von dem Kandidatenstatus Südyperns als Beitrittsland über die Diskussion und abschließend die unglückliche Ablehnung des Annan-Friedensplans bis hin zur gegenwärtigen Debatte um die Anerkennung Zyperns durch die Türkei sowohl im Rahmen der Zollunion als auch als mögliche Bedingung des EU-Beitritts.

Tiryakis Meinung nach hat sich in diesem Zeitraum aus einem unschuldigen Versuch eines gleichberechtigten Friedensplans nun die resolute Forderung der türkischen Anerkennung der Südyperioten als einzig legale Verwaltungsmacht entwickelt. Diese deutlich verfahrenere Situation zeuge von der Unfähigkeit der EU, als konfliktlösende Instanz zu agieren; es sei offensichtlich, dass der Katalysator-Effekt eines EU-Beitritts für bestehende Konfliktfelder, bisweilen illustriert mit der Metapher der goldenen Karotte, nicht zwangsläufig funktioniere. Sie entwarf zwei Lösungsansätze für das Problem: Eine sehr schwierige dauerhafte Zwei-staatenlösung auf der Insel oder eine Neueinbringung des Annan-Plans in die Verhandlung.

Die zweite Referentin, *Frau Prof. Dr. Beril Dedeoğlu* von der Fakultät für Internationale Beziehungen der Galatasaray Universität in Istanbul, teilte in weitem Umfang Diagnose und Lösungsansätze ihrer Vorrednerin. Auch sie hielt die Einbringung einer dritten Partei zur Konfliktlösung für unumgänglich; dies könnten nur die Vereinten Nationen sein, da eben die EU als Konfliktmanager versagt habe und durch die Aufnahme Zyperns keine unparteiliche Position einnehmen könne. Unter der Voraussetzung eines entsprechenden guten Willens auf beiden Seiten wäre in einer Neuauflage des Annan-Friedensplans eine Lösung möglich.

Dedeoğlu gab darüber hinaus zu bedenken, dass der Zeitpunkt der Diskussion der Zypern-Frage im Rahmen der türkischen EU-Aufnahme entscheidend sein könnte: vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Emotionalisierung drohe im Falle einer allzu frühzeitigen Behandlung dieser Fragestellung innerhalb des Verhandlungsrahmen möglicherweise ein vollständiger türkischer Rückzug vom Verhandlungstisch.

Die folgende Diskussion drehte sich zunächst um die Einordnung des Kopenhagener EU Gipfels von 2002 und die Rolle, die die Zypernfrage dort spielte. Vor dem EU-Beitritt von Südypern hätte eine Chance zur Beilegung des Konfliktes durch Annahme des Annan-Plans bestanden, sie wurde nur von beiden Seiten – aus heutiger Sicht fahrlässig – ausgeschlagen. Nicht ganz schuldlos war hieran, diese Meinung äußerte zumindest der ehemalige

Außenminister *Türkmen*, die Türkei selbst, die wohl nicht unmaßgeblich zur zeitlichen Verschleppung der Vorlage des Friedensplanes beigetragen hatte.

Auch die starke türkische Truppenpräsenz auf dem Nordteil der Insel bis zum heutigen Tage sende irritierende Signale in Richtung EU, gab *Prof. Karaosmanoğlu* zu bedenken. In der heutigen Situation sei die Verhandlungsposition verfahren, die Bedeutung der Vermittlerrolle eines Dritten wurde wiederholt betont.

Frank Spengler wies darauf hin, dass dieses Beispiel deutlich den Reformbedarf der EU-Institutionen allgemein zeige. Die gemeinsame Verfassung mit ihren entsprechenden Instrumentarien hätte strategische und taktische Manöver von EU-Staaten in der Zypernfrage möglicherweise deutlich eingrenzen können.

Türkisch-Armenische Beziehungen

Als weitere Einzelfrage wurden die türkisch-armenischen Beziehungen im Rahmen der türkischen „Politik der guten Nachbarschaft“, aber auch allgemein im Kontext der türkischen EU-Aufnahme und der europäischen Südkaukasuspolitik besprochen.

Nach Ansicht von *Alexander Rahr*, Programmdirektor des Körber-Zentrums Russland/GUS bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP), sei der Südkaukasus zurzeit die wohl strategisch wichtigste Region für die EU. *Rahr* sah in dieser Region einen Testfall für die Türkei als ESVP-Partner und hielt zugleich keine ernsthafte politische Behandlung des Südkaukasus ohne Beteiligung der Türkei für möglich. Während Länder wie Georgien oder Aserbaidschan recht deutlich eine Westöffnung vollzogen hätten und nach *Rahr* schon als stille NATO-Mitglieder fungierten, bliebe der Status von Armenien ungelöst. Eine Öffnung von Armenien zur Türkei z.B. würde Armenien aus seiner bisher sehr einseitigen Orientierung hin zu Russland lösen. Neben der historischen Erblast zwischen Armenien und der Türkei stelle aber auch aktuell das ungelöste Bergkarabach-Problem eine große Herausforderung in dieser Region dar.

Der zweite Referent, *Prof. Dr. Ahmet Evin* vom Istanbul Policy Center der Sabanci-Universität in Istanbul, thematisierte auch im Lichte der jüngst durchgeführten ersten internationalen Armenien-Konferenz an der Istanbul Bilgi-Universität stärker das Binnenverhältnis von Armenien und der Türkei. Die Tatsache, dass diese Konferenz endlich abgehalten werden konnte, und die Offenheit der Beiträge zu dieser Konferenz, wertete *Evin* als ein gutes Zeichen. Die Nutzung des Themas für taktische Manöver durch einzelne EU-Staaten hingegen hielt er für sehr abträglich, gerade vor dem Hintergrund der Demokratisierungsbemühungen in diesem Diskurs und den Annäherungen von beiden Ländern, die schon seit einigen Jahren zu beobachten seien. Grundsätzlich seien bei einer objektiven Untersuchung dieses Themas zwei armenische Fraktionen zu unterscheiden – die Diaspora, die vor allem in den USA und Frankreich eine einflussreiche Lobbyposition besetze, und eben das Volk des Nachbarstaats Armenien. Besonders in der westlichen öffentlichen Wahrnehmung dominierten laut *Evin* die Positionen der Diaspora und überlagerten die tatsächlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Etyen Mahçupyan, Journalist und TESEV-Programmdirektor „Demokratisierung“, erbat auch von der EU ein wenig Zeit für die Lösung dieses Konflikts. Als historischer Konflikt berühre dieser auch die geschichtliche Identität der Türkei und der Türken. In diesem Zusammenhang bemerkenswert ist seine These der historischen Kontinuität zwischen dem Osmanischen Reich und der türkischen Republik. Entgegen des gängigen Geschichtsbilds in der Türkei gab es sehr wohl Netzwerke, welche die revolutionären Umstände der Republikgründung 1923 überlebt hätten und gerade in der historischen Aufarbeitung der Armenienfrage ließen sich diese Kontinuitäten ablesen. Weiterhin warb *Mahçupyan* um eine faire und ausgleichende Rolle der EU im Rahmen dieser Aufarbeitung, die beide Seiten des Konfliktes beleuchten und würdigen solle, um so entscheidend zu einer „win-win-Lösung“ des Problems beitragen zu können.

Im Gegensatz zu dieser Position bestritt allerdings *Gündüz Aktan* – wie einige andere Vertreter auch –, dass die EU hier helfen könne und brachte eine weitere Instanz ein: er schlug vor, den Vorwurf des Völkermord, welcher völkerrechtlicher Natur sei, juristisch untersuchen und beurteilen zu lassen.

Eine europäische Perspektive beanspruchte *Frau Dr. Guerot*, die deutlich ihre Irritation über die Einschätzung der Rolle der EU zum Ausdruck brachte. Gerade vor dem Hintergrund des türkischen Beitrittswillens empfahl sie eine nachhaltige Überarbeitung vor allem des Vokabulars und mahnte – auch in Erinnerung an z.B. den Elysee-Vertrag der deutsch-französischen Aussöhnung – einen Richtungswechsel der Rhetorik hin zu supranationaler Versöhnung an. Beide Seiten des Konflikts, Armenier und Türken, sollten nicht weiter versuchen, die Realität zu beschuldigen; vielmehr sollten sie ihre Mentalitäten ändern und gemeinsam an einem Tisch eine Lösung finden – so lauteten die verbindenden Abschluss Worte von *Etyen Mahçupyan* zu diesem Thema.

Arabisch-israelischer Konflikt

Der abschließende Themenkomplex „Der Arabisch-Israelische Konflikt aus deutscher und aus türkischer Sicht“ zielte auf ein mögliches Feld gemeinsamer Außenpolitik ab. So zumindest interpretierte *Prof. Dr. Udo Steinbach* vom Deutschen Orient-Institut vor allem die strategischen Herausforderungen im Nordirak in der Folge der US-amerikanischen Besetzung. Diese Region nannte er einen der zentralen Konfliktherde des 21. Jahrhundert. Zur Leitfrage seiner Äußerungen machte *Prof. Steinbach* in Anbetracht möglicher Bürgerkriegsszenarien oder eines autonomen kurdischen Staates die Überlegung, wo in der Irakfrage gemeinsame Handlungsspielräume und politische Übereinstimmungen zwischen Deutschland und der Türkei, möglicherweise basierend auf der gemeinsamen Ablehnung der US-geführten Invasion, zu finden wären. Der Druck, eine Antwort auf die Frage des Anspruchs auf eine kurdische Selbstbestimmung zu finden, wachse. Welche Rolle könne die EU spielen, um diesen scheinbar unabwendbaren Prozess auch im Hinblick auf die türkischen Kurden zu kanalisieren – und hätte ggf. die EU-Mitgliedschaft eine höhere Attraktivität als die Solidarität mit Kurdistan für die türkischen Kurden?

Sehr konkret auf die Positionierung der Türkei im israelisch-palästinensischen Konflikt ging *Faruk Demir* vom Forschungszentrum für Demokratie und Sicherheit in Ankara ein. War eine „verdeckt-leidenschaftliche“ Haltung zu Israel jahrzehntelang das strategische Muster türkischer Außenpolitik in diesem Konfliktbereich, so sei mit der Regierung Erdoğan eine Dynamisierung der Beziehungen eingetreten in Form einer zunehmend offenen Partnerschaft, die aber auch Kritik von türkischer Seite z.B. in der Frage der Unterstützung der Kurden im Nordirak beinhalte. Zentrale Zukunftsfragen im Israel-Palästina-Konflikt entlang der Umsetzung der „roadmap“ seien laut *Demir* die Aufteilung der Stadt Jerusalem, die zunehmende Identitätsbildung des jungen Nationalstaats Palästina und die Orientierung beider Parteien in Bezug auf die großen Bündnispartner USA, EU und Russland/China.

Die Beiträge des Plenums zu diesen Aspekten hinterfragten ein weiteres Mal kritisch das außenpolitische Gewicht der EU. Der israelisch-palästinensische Konflikt zeige doch deutlich, wie beschränkt die Rolle der EU im Vergleich zur USA – auch aufgrund historischer Prämissen und früherer Strategien – als Vermittler ausfiele, so *Prof. Karaosmanoğlu* von der Bilkent-Universität. Sein Kollege *Seyfi Taşhan*, Vorsitzender des Instituts für Außenpolitik an der Bilkent-Universität in Ankara, lenkte daher das Augenmerk stärker auf die Nahost-Region im Mittelmeerraum. Hier könnten die guten Beziehungen der Türkei zu Syrien und Jordanien in der Tat erfolgreiche EU-Außenpolitik ermöglichen.

In der Frage der Kurden im Nordirak zeigte sich eine andere Priorität unter den türkischen Diskussionsteilnehmern im Vergleich zu der deutschen Position von *Prof. Steinbach*. Die Gründung eines autonomen kurdischen Staates erachtete beispielsweise Generalleutnant a.D. *Şadi Ergüvenç* nicht als das bedrohlichste Szenario für die Türkei. Als erheblich gefährlicher stufte dieser den drohenden Bürgerkrieg und dessen Auswirkungen, z.B. in Migrationseffekten, auf die Türkei ein. *Prof. Steinbach* beendete diesen Diskussionsabschnitt mit der eindringlichen Warnung vor einer militärischen Intervention der Türkei im Nordirak. Diese wäre höchst folgenreich und müsse unter allen Umständen verhindert werden.

Rückschau als Ausblick

Die abschließende Rückschau auf das erste deutsch-türkische Think-Tank Forum wurde zum Ausblick. Zunächst hob *Dr. Mensur Akgün* von der TESEV die hohe Diskussionsqualität hervor und versicherte, möglicherweise vernachlässigte Aspekte im deutsch-türkischen Ver-

hältnis in der Zukunft zu thematisieren. Noch konkreter gestaltete *Frank Spengler* von der Konrad-Adenauer-Stiftung dieses Versprechen: er berichtete von Planungen zusammen mit *Prof. Dr. Faruk Şen* vom Zentrum für Türkeistudien in Essen, das Think-Tank Forum im nächsten Jahr nach der Sommerpause in Deutschland in die zweite Runde gehen zu lassen. Die Premiere in Istanbul jedenfalls beurteilte *Spengler* durchweg positiv. In einem kritisch-offenen Diskussionsklima kamen bemerkenswert konkrete Ergebnisse zustande, ganz im Sinne der oft propagierten dritten Säule des europäischen Integrationsprozesses: dem Gedankenaustausch und Dialog von Nicht-Regierungsorganisationen und Bürgern der Zivilgesellschaft.